

An
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Plattform Forst und Holz
c/o Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Tel.: 030 2359 157-60
E-Mail: info@forstundholz.net
E-Mail: schmitt@dfwr.de
Web: www.forstundholz.net

Berlin, den 25.07.2024

Brief der deutschen Forst- und Holzwirtschaft zur Umsetzung der EU-Deforestation Regulation (EUDR)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der gesamten Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland droht ab dem 30.12.2024 ein derartiges ‚Bürokratiemonster‘, dass Waldbesitzende und holzverarbeitende Industrie ihre Zukunft gefährdet sehen. Die Rede ist von der EU-Deforestation Regulation (EUDR). Die Umsetzung dieser Verordnung würde für unsere Branche mit 1,1 Millionen Beschäftigten und über 128.000 Unternehmen einen solchen Mehraufwand bedeuten, dass die nachhaltige Bereitstellung des klimafreundlichen Rohstoffs Holz, zahlreiche Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ernsthaft auf dem Spiel stehen. Dabei findet in Deutschland nachweislich keine Entwaldung im Sinne der Verordnung statt. Unser bestehendes Bundeswaldgesetz und die Waldgesetze der Länder, deren Einhaltung flächendeckend durch die Forstverwaltung kontrolliert wird sowie freiwillige Zertifizierungen, die bereits jetzt die weltweit höchsten Standards für unsere heimischen Wälder setzen, stellen vorbildliche Holznutzung sicher. Somit bestehen normative, rechtliche und freiwillige Vorgaben, die eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ohne Entwaldung und Waldschädigung in Deutschland wirksam gewährleisten und die Bereitstellung des heimischen Rohstoffes Holz langfristig sichern.

Die Bekämpfung der globalen Entwaldungsproblematik wird auch von uns als Cluster Forst und Holz als sehr wichtig erachtet. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Allerdings belastet diese Verordnung in ihrer jetzigen Form auch Länder, in denen es dieses Problem nicht gibt.

Die praktische Umsetzung dieser EU-Verordnung, insbesondere die Erstellung der Sorgfaltserklärungen, wird mit erheblichem bürokratischem und wirtschaftlichem Aufwand verbunden sein. Dies gilt für alle Waldbesitzarten, Bundes- und Landesbehörden sowie für die heimische Holzindustrie.

PLATTFORM FORST UND HOLZ

Wenn wir in Deutschland zukünftig mit dem klimafreundlichen Rohstoff Holz bauen und unsere ländlichen Räume mit ihren Waldbesitzenden, Forstunternehmen und Betrieben stärken wollen, stellt die EUDR in ihrer jetzigen Form ein fundamentales Problem dar. Damit werden auch alle Bemühungen des klimastabilen Waldumbaus erheblich erschwert.

In Ländern außerhalb der EU, beispielsweise USA, Kanada, Australien und Neuseeland, wird die EUDR in gleicher Weise als bedrohliches bürokratisches Hemmnis empfunden. Dies kann zu Gegenmaßnahmen führen, bei denen Europa und ganz besonders die in Deutschland führend vertretene Holzwirtschaft das Nachsehen haben wird. Wir wissen, dass auch zahlreiche Vertreter der Lebensmittelindustrie bereits an Sie herangetreten sind. Der drohende Schaden dieser Verordnung geht weit über unsere Branche hinaus und wäre für unsere Volkswirtschaft immens.

Unsere heimische Holzwirtschaft ist auf den Export ihrer Produkte angewiesen und wird davon besonders betroffen sein. Sollte die Verordnung wie geplant zum Jahreswechsel umgesetzt werden, ist dem Kampf gegen die Entwaldung weltweit nicht geholfen. Das Cluster Forst und Holz hierzulande und in Europa wird aber ohne Not mit gänzlich entbehrlichen Pflichten belegt, denen es vielfach nicht nachkommen kann. Gerade im Kleinstprivatwald, der einen erheblichen Teil der Waldfläche Deutschlands ausmacht, droht eine Einstellung der Waldpflege, wenn die Walderzeugnisse nicht mehr ohne Weiteres vermarktet werden können. Dies ist auch aus klimapolitischen Gründen kontraproduktiv und würde den entsprechenden Zielsetzungen und international eingegangenen Verpflichtungen der Bundesrepublik entgegenlaufen.

Daher bitten wir Sie als Vertreter der organisierten Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland um Ihren persönlichen Einsatz auf europäischer Ebene:

Wir rufen dringend dazu auf, sich für eine Verlängerung der Umsetzungsfrist der Verordnung sowie für eine differenzierte Umsetzung der EUDR durch die EU-Kommission einzusetzen, um zusätzliche und nicht erforderliche Bürokratie zu vermeiden und die Bereitstellung des Rohstoffes Holz, der nicht allein aus volkswirtschaftlicher Sicht, sondern auch zur Bewältigung elementarer Zukunftsaufgaben, etwa im Klimaschutz oder in der Schaffung von Wohnraum von besonderer Bedeutung ist, nicht zu gefährden. Die Verordnung ist in der vorliegenden Fassung und den bisher bekannten Richtlinien sowohl aus technischen, formalen und wettbewerblichen Gründen nicht umsetzbar. Es braucht sehr schnell ein klares Zeichen, dass die Umsetzungsfrist verlängert und die Verordnung angepasst wird.

Die Plattform Forst und Holz schlägt vor, dass in Staaten, für die nachgewiesen ist, dass es in den letzten 10 Jahren keine Beanstandungen in Bezug auf das Hauptziel der EUDR, nämlich die Verhinderung illegaler Entwaldung, gegeben hat, die Forst- und Holzbranche, von der Einhaltung der entsprechenden Auflagen befreit wird. Dies stellt unseres Erachtens die notwendige WTO-Konformität her und vermeidet unnötige Bürokratie samt der damit verbundenen Kosten.

PLATTFORM FORST UND HOLZ

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

es ist ein gewiss außergewöhnlicher Vorgang, dass wir uns mit einem solchen „Hilferuf“ unmittelbar an Sie persönlich wenden. Dies würde nicht geschehen, wenn nicht durch die vorstehend skizzierte Problemlage eine Situation zu entstehen drohte, die die Branche ohne jede sachliche Notwendigkeit vor buchstäblich elementare und nicht mehr zu bewältigende Probleme stellen würde.

Das zuständige Bundesministerium ist sich der Problematik ebenfalls bewusst und darum bemüht, pragmatische Lösungen gemeinsam mit der Branche zu entwickeln. Wir haben aber den Eindruck, dass dies allein nicht zum gewünschten, ja zwingend notwendigen Erfolg führen wird. Hier scheint uns vielmehr eine konzertierte Aktion wichtiger Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erforderlich.

Wir haben uns daher erlaubt, dieses Schreiben auch persönlich adressiert an den Bundeskanzler der Republik Österreich, den Ministerpräsidenten der Republik Polen sowie an den Präsidenten der Französischen Republik zu senden, um von dort aus ebenfalls Unterstützung zu erbitten.

Natürlich sind wir jederzeit bereit, Ihnen oder jeder von Ihnen bezeichneten Stelle die Problematik in einem Gespräch näher darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen



Erwin Taglieber

Sprecher der Plattform Forst und Holz
Präsident Deutscher Holzwirtschaftsrat e.V. (DHWR)



Georg Schirmbeck

stv. Sprecher der Plattform Forst und Holz
Präsident Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V. (DFWR)

Über die Plattform Forst & Holz:

Die Plattform Forst & Holz ist ein Zusammenschluss der Dachverbände Deutsche Forstwirtschaftsrat e.V. (DFWR) und Deutscher Holzwirtschaftsrat e. V. (DHWR) und vertritt die gemeinsamen Interessen des Clusters Forst und Holz als Holzwirtschaftskette vom Wald bis zum Endprodukt. Mit einem jährlichen Gesamtumsatz von 181 Mrd. Euro, 128.000 Unternehmen und 1,1 Mio. Beschäftigten hat die holzbasierte Wertschöpfung einen hohen Stellenwert für die Wirtschaftskraft und die Beschäftigung in Deutschland und gilt als eine der Schlüsselbranchen insbesondere im ländlichen Raum.